

# Die EU in der Welt

## Die Außenpolitik der Europäischen Union



Sie finden diese Broschüre sowie andere kurze und allgemein verständliche Erläuterungen zur EU online auf der Website <http://ec.europa.eu/publications/>

Europäische Kommission  
Generaldirektion Kommunikation  
Veröffentlichungen  
B-1049 Brüssel

Manuskript abgeschlossen im Juni 2007

Umschlaggestaltung: © Wolf/zefa/Corbis

Bibliografische Angaben finden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften,  
2007

ISBN 978-92-79-06079-3

© Europäische Gemeinschaften, 2007

Nachdruck gestattet

*Printed in Belgium*

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

# Die EU in der Welt

Die Außenpolitik der Europäischen Union



# Inhalt

Partner der Welt	3
Dynamischer Fortschritt	5
Handel unterstützt Wachstum	8
Eine proaktive Außen- und Sicherheitspolitik	11
Die helfende Hand der EU	13
Humanitäre Hilfe	15
Globalisiert und interdependent	17
Die EU und ihre Nachbarn	20
Zur Vertiefung	22

# Partner der Welt

Die Bevölkerung der Europäischen Union ist mit nahezu 500 Millionen Bürgern nach China und Indien die drittgrößte der Welt. Schon allein ihrer Größe und ihres kommerziellen, wirtschaftlichen und finanziellen Einflusses wegen ist die EU eine Macht von globalem Gewicht. Auf sie entfällt der größte Anteil des Welthandels, und sie erzeugt ein Viertel des weltweiten Vermögens.

Größe und wirtschaftliche Macht bringen Verantwortung mit sich. Die Union

stellt für ärmere Länder mehr Finanzhilfe und Beratung bereit als alle anderen Mächte. Angesichts der heutigen komplexen und fragilen Weltordnung beteiligt sich die EU zunehmend an Konfliktprävention, Friedenserhaltung und Terrorismusbekämpfung. Sie unterstützt den Wiederaufbau in Irak und Afghanistan. Außerdem hat sie eine Vorreiterrolle bei der Bewältigung des Problems der globalen Erwärmung und der Emission von Treibhausgasen übernommen.

*Der Zugang zu  
Trinkwasser steht in  
der Entwicklungspolitik  
der EU ganz vorne.*



## „Soft Power“

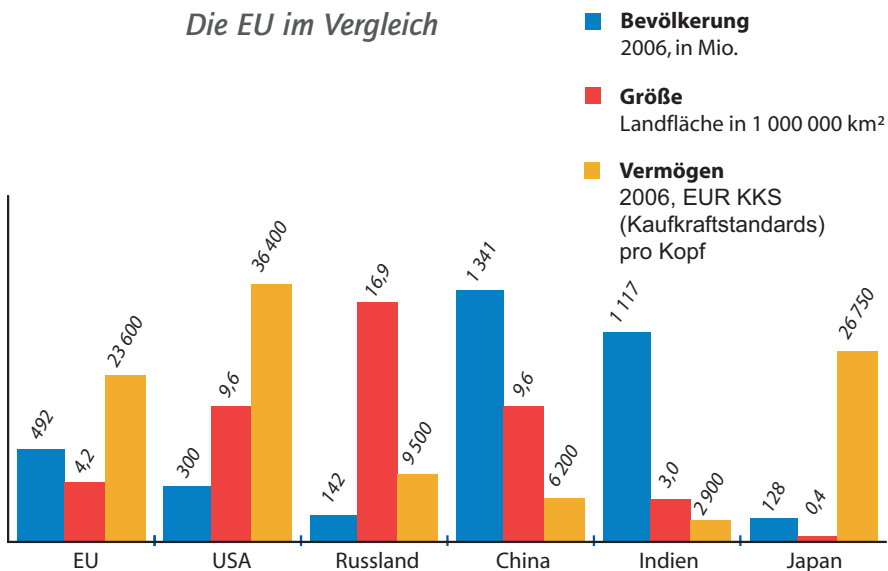
Die Europäische Union, die einen Kontinent vereint, strebt enge Beziehungen zu ihren Nachbarn an, damit nicht neue künstliche Trennungen an die Stelle der alten treten. Nachdem sie ihren eigenen Bürgern Stabilität und Wohlstand gebracht hat, strebt sie nun nach Zusammenarbeit mit anderen in einer interdependenten Welt, um überall deutlich zu machen, welche Vorteile offene Märkte, Wirtschaftswachstum und ein politisches System, das auf sozialer Verantwortung und Demokratie beruht, mit sich bringen.

Die EU versucht keineswegs, ihr System anderen aufzuzwingen, aber sie steht selbstbewusst zu ihren Werten. Jedes demokratische Land in Europa kann sich um die Mitgliedschaft in der EU bewerben. Nur wenige haben sich dagegen entschieden. In 50 Jahren hat die Union 27 Staaten unter ihrem Dach vereint,

die ihre wirtschaftlichen und politischen Ressourcen im gemeinsamen Interesse erfolgreich bündeln. So ist sie zu einem Modell für Kooperation und Integration von Ländern in anderen Regionen der Welt geworden.

Das Handeln der EU ist in gleichem Maße von aufgeklärtem Eigeninteresse wie von globaler Solidarität bestimmt. Auf einem zunehmend vernetzten Planeten ist es eine Investition in die eigene Zukunft, die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Stabilität weltweit zu fördern. Indem sie anderen hilft, trägt die EU dazu bei, dass innerhalb ihrer Grenzen das Leben für die eigenen Bürger sicherer wird. Und da eine multipolare Welt zunehmend Realität wird, müssen die Mitgliedstaaten der EU mit einer Stimme sprechen, wenn sie gehört werden wollen.

## Die EU im Vergleich



Quelle: Eurostat, Weltbank.

# Dynamischer Fortschritt

Zur Zeit der Gründung der Europäischen Union in den 50er Jahren ging es darum, die Nationen und Völker Europas, die eben erst den Zweiten Weltkrieg hinter sich gelassen hatten, zusammenzubringen.

Die Notwendigkeit, ihre Außenbeziehungen zu entwickeln, ergab sich im Wesentlichen aus zwei Gründen. Als die sechs ursprünglichen Mitgliedstaaten die Handelshemmnisse untereinander abbauten, mussten sie ihre Handelsbeziehungen mit Drittländern in gemeinsamer Verantwortung gestalten. So entstand die Gemeinsame Handelspolitik, der erste Politikbereich, für den die Mitgliedstaaten ihre Souveränität dem gemeinsamen Interesse unterordneten. Gleichzeitig einigten sie sich darauf, einen Teil der Ausgaben für die Unterstützung ihrer früheren – insbesondere afrikanischen – Kolonien auf dem Weg in die Unabhängigkeit zu teilen.

Seither sind neue Mitglieder der EU beigetreten, und sie hat neue Zuständigkeiten übernommen. Deshalb musste sie ihre Beziehungen zur übrigen Welt und zu den internationalen Organisationen genauer definieren.

Die Gemeinsame Außenhandelspolitik ist ein zentrales Element der Beziehungen der Europäischen Union mit der übrigen Welt. Zum einen ist sie im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) aktiv zusammen mit ihren

Partnern an der Festlegung von Regeln für das multilaterale Welthandelssystem beteiligt. Zum anderen handelt sie auf bilateraler Ebene ihre eigenen Abkommen mit Staaten und Regionen aus. Sie bemüht sich besonders darum, Produkten aus den Entwicklungsländern leichten Zugang zu ihrem Markt zu verschaffen und die Entwicklung durch ihre Handelsbeziehungen zu fördern.

Die finanzielle und technische Hilfe, die sich zunächst auf Afrika konzentrierte, wurde in den 70er Jahren auf Asien, Lateinamerika und die Staaten südlich und östlich des Mittelmeers ausgedehnt. Zu dieser Zeit begann die EU auch damit, humanitäre Hilfe für die Opfer natürlicher und von Menschen verursachter Katastrophen in aller Welt bereitzustellen.



© Bilderbox.com

*Die EU arbeitet mit anderen Staaten bei der Festlegung von Umweltnormen zusammen.*

### ***Mehr als Handel und Hilfe***

Die Abkommen der EU mit ihren Partnern weltweit gehen über Handel und traditionelle Entwicklungshilfe hinaus. Sie betreffen auch die Unterstützung von Wirtschaftsreformen, des Gesundheits- und Bildungswesens und von Infrastrukturprogrammen sowie in einigen Fällen die

Zusammenarbeit in Bereichen wie Forschung und Entwicklung oder Umweltpolitik. Ferner bieten sie einen Rahmen für Gespräche über politische Fragen wie Demokratie und Menschenrechte. Die neueren Abkommen sehen außerdem vor, dass sich die Partner verpflichten, keine Massenvernichtungswaffen zu verbreiten.

## *Eine Langzeitbeziehung*

Als eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt hat Tansania für alle seine Exporte mit Ausnahme von Waffen und Munition zollfreien Zugang zur Europäischen Union. Tansania ist auch einer der 79 Partner der EU im Rahmen der EU-AKP-Partnerschaft (AKP = Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean), des in Cotonou unterzeichneten Handels- und Hilfeabkommens. Die EU ist Tansanias größter Exportmarkt, der mehr als 50 % seiner Ausfuhren aufnimmt, während die Union nur knapp über 20 % der Importe Tansanias stellt, hauptsächlich Investitionsgüter und Ausrüstungen. Der Wert der EU-Hilfe für Tansania beläuft sich jährlich auf mehr als 100 Mio. EUR. Die EU-finanzierten Projekte konzentrieren sich auf die Transportinfrastruktur, auf Bildung, Wasserversorgung, Umwelt, Aids-Prävention und Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung.

## *Eine neue Dimension*

Seit dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 entwickelt die EU eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), so dass sie gemeinsam handeln kann, wenn die Interessen der Union als Ganzes betroffen sind. Verteidigung spielt im Rahmen der GASP eine zunehmend wichtige Rolle, da sich die EU dafür einsetzt, die Stabilität weltweit zu fördern und zu erhalten. In Fragen des Terrorismus, des internationalen Verbrechens, des Rauschgifthandels, der illegalen Einwanderung und bei globalen Anliegen wie dem Umweltschutz arbeitet die Union eng mit anderen Ländern und internationalen Gremien zusammen.

Die Pflege der Außenbeziehungen der Union ist ein dynamischer Prozess: bei

der Gestaltung ihrer Außenpolitik muss die EU auch auf externe Kräfte reagieren. Dazu gehört die wachsende wirtschaftliche Interdependenz, die durch die kombinierte Wirkung einer weltweiten Marktliberalisierungswelle, der globalen Kommunikationsrevolution und des immer schnelleren technologischen Fortschritts zustande kommt. Die EU muss ihre Prioritäten den neuen Gegebenheiten im Kontext stärkeren internationalen Wettbewerbs, größerer grenzüberschreitender Investitionsströme und wachsender globaler Nachfrage nach Rohstoffen, vor allem nach Erdöl und Erdgas, entsprechend anpassen.

# Handel unterstützt Wachstum

Die Europäische Union ist die größte Handelsmacht der Welt, auf die nahezu 20 % der weltweiten Exporte und Importe entfallen. Der wichtigste Handelspartner der EU sind die USA, gefolgt von China und Russland. Die Handelsströme über den Atlantik haben, beide Richtungen zusammengenommen, einen Wert von knapp 400 Mrd. EUR jährlich.

Der offene Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten hat zum europäischen Binnenmarkt mit freiem Personen-,

Waren- und Dienstleistungsverkehr geführt. Daher treibt die Union an vorderster Front die weitere Handelsliberalisierung weltweit voran, von der die reichen und die armen Länder gleichermaßen profitieren. Handelsstränkungen – z. B. die Aufhebung von Handelspräferenzen oder ein Beschränken oder Einfrieren des Handels mit einem Partner, der gegen die Menschenrechte oder andere internationale Verhaltensnormen verstößt – sind ebenfalls ein Instrument der europäischen Außenpolitik.

## *Frei und fair*

Das sichtbarste Instrument zur Gewährleistung freien Handels ist die Senkung oder völlige Abschaffung von Importzöllen oder Importquoten. Anbieter aus dem In- und Ausland können dann offen auf der Grundlage von Preis und Qualität auf dem Markt miteinander konkurrieren. Es gibt aber auch versteckte oder „technische“ Handelshemmnisse, mit denen Staaten und Unternehmen versuchen, auf unfaire Weise Vorteile gegenüber anderen zu gewinnen. Zu diesen unfairen Handelspraktiken gehören:

- der Verkauf von Waren auf ausländischen Märkten zu Preisen, die deutlich unter dem Warenwert oder den inländischen Preisen liegen, beispielsweise um die Hersteller dieser Länder aus ihrem eigenen Markt zu verdrängen – das so genannte „Dumping“;
- staatliche Beihilfen für Unternehmen, darunter die „nationalen Champions“, um ihnen einen unfairen Vorteil auf den Exportmärkten oder im Binnenmarkt zu verschaffen;
- das Vorbehalten öffentlicher Aufträge für örtliche Firmen, auch wenn ausländische Bieter bessere Angebote vorlegen;
- die Verletzung der Rechte am geistigen Eigentum (Handelsmarken und Copyrights) durch Erzeugung von Nachahmungen oder Fälschungen, die billig verkauft werden, um den ursprünglichen Hersteller zu unterbieten.

## Die Spielregeln

Damit er allen Beteiligten zugutekommt, muss Handel frei und fair sein, müssen für alle die gleichen transparenten und wechselseitig vereinbarten Regeln gelten. Die EU unterstützt die Welthandelsorganisation nachdrücklich in deren Bemühen, Regeln festzulegen, mit denen ein offener weltweiter Handel und eine gerechte Behandlung aller Teilnehmer sichergestellt werden. Auch wenn das System keineswegs perfekt ist, sorgt es doch für eine gewisse Transparenz und Rechtssicherheit im internationalen Handel.

Im Rahmen der WTO gibt es auch ein Streitbeilegungsverfahren, das greift, wenn zwischen zwei oder mehreren Handelspartnern ein direkter Konflikt auftritt. Die EU, die gelegentlich im Rahmen der WTO gegen Handelspartner

vorgeht, war auch selbst schon Ziel gegen sie gerichteter Maßnahmen, insbesondere im Landwirtschaftssektor.

Parallel zu ihrer Mitgliedschaft in der WTO hat die EU ein Netz bilateraler Handelsabkommen mit einzelnen Staaten und Regionen in aller Welt aufgebaut. Diese Abkommen ergänzen die Bemühungen der WTO um Abbau der Handelshemmnisse auf internationaler Ebene und erlauben es der EU, mit weniger Zeitaufwand für wechselseitig vorteilhafte Beziehungen mit ihren wichtigsten Handelspartnern zu sorgen. Es gibt klare WTO-Regeln für derartige Abkommen, die verhindern sollen, dass sie zum Schaden anderer Handelspartner genutzt werden, und alle Abkommen der EU entsprechen diesen Regeln.

*Produkte der EU sind in der Welt begehrt.*



## Vorteile für alle

Doch Handelsabkommen konzentrieren sich nicht nur auf kommerzielle Interessen. Die EU ist besonders offen für die Interessen der Entwicklungsländer und vertritt seit langem die Auffassung, dass der Handel deren Wirtschaftswachstum und Produktionskapazität verbessern kann.

Für die 7 200 vom Allgemeinen Präferenzsystem (APS) erfassten Produkte haben die Entwicklungsländer entweder zollfreien Zugang zum EU-Markt, oder sie profitieren von günstigen Exporttarifen. Besonders der Hilfe bedürftige Länder mit großem Entwicklungsrückstand genießen Zollfreiheit für alle ihre APS-Produkte. Dies ist ein einseitiges Zugeständnis ohne Gegenleistung vonseiten des begünstigten Landes. Die 50 am wenigsten entwickelten Länder haben mit allen ihren Produkten, ausgenommen Waffen und Munition, völlig freien Zugang zum EU-Markt.

Die besonderen Handels- und Hilfebeziehungen zwischen der EU und den 79 AKP-Staaten wurden durch das Abkommen von Lomé im Jahr 1975 eingeleitet. Diese Beziehungen werden durch die so genannten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (WPA) weiter vertieft. Damit werden Handel und Hilfe der EU auf eine neuartige Weise kombiniert. Die AKP-Staaten werden ermutigt, die wirtschaftliche Integration mit ihren Nachbarn in der Region als Schritt hin zu ihrer Integration auf globaler Ebene zu pflegen, während die Hilfe stärker auf die Förderung des Aufbaus der Institutionen und einer verantwortungsvollen Staatsführung konzentriert wird. Im Rahmen der WPA wird die Entwicklungsdimension zum Eckpfeiler der EU-AKP-Partnerschaft.



*Allwetterstraßen sind für die Entwicklung Afrikas unverzichtbar.*

© EC/EuropaAid

# Eine proaktive Außen- und Sicherheitspolitik

Die Vorstellung, dass die EU-Staaten gemeinsam handeln sollten, um ihre strategischen Interessen zu fördern und zu verteidigen, ist so alt wie die EU selbst. Sie stammt aus der Zeit, als die sechs Gründungsmitglieder 1954 versuchten, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben zu rufen. Als dieser Versuch scheiterte, gründeten sie stattdessen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Ihre Wurzeln hat die derzeitige Außen- und Sicherheitspolitik im Prozess der so genannten Europäischen Politischen Zusammenarbeit, der 1970 eingeleitet wurde, um die Position der EU-Staaten in den damaligen großen außenpolitischen Fragen zu koordinieren. Beschlüsse wurden im Konsens gefasst, und zuweilen erwies es sich als schwierig, die erforderliche Einstimmigkeit in heiklen Fragen zu erzielen, in denen die Interessen der einzelnen Länder auseinander gingen.

Während sich die EU vergrößerte und neue Politikbereiche besetzte, intensivierte sie auch ihre Anstrengungen, auf internationaler Ebene eine diplomatische und sicherheitspolitische Rolle zu spielen, die ihrer wirtschaftlichen Macht besser entsprach. Die Konflikte, die in Südosteuropa in den 90er Jahren nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens ausbrachen, überzeugten die führenden Politiker der EU endgültig von der Notwendigkeit wirksamen gemeinsamen Handelns. In jüngerer Zeit hat sich diese Überzeugung angesichts des internationalen Terrorismus noch verstärkt. Der Grundsatz einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde im Vertrag von Maastricht 1992 verankert. Darin sind die Arten diplomatischer und politischer Maßnahmen festgelegt, die die EU zur Konfliktprävention und -beilegung treffen kann.

## *Die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten senken*

Seit 1990 sind mehr als 4 Millionen Menschen weltweit bei Konflikten ums Leben gekommen. 90 % von ihnen waren Zivilisten. Die sieben größten Konflikte der 90er Jahre haben die internationale Gemeinschaft 200 Mrd. EUR gekostet, Geld, das so für friedliche Zwecke nicht zur Verfügung stand. Deshalb ist die Europäische Union entschlossen, sich stärker in der Konfliktprävention zu engagieren. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist Teil dieser Bemühungen.

Neben den Krisenreaktionsoperationen, also dem frühzeitigen Eingreifen, sobald sich eine Krisensituation entwickelt, spielt die ESVP auch eine wichtige Rolle für die Informationserfassung und -analyse; außerdem dient sie dazu, die Anwendung internationaler Abkommen zur Antizipation potenzieller Konflikte zu überwachen.

Diese neuen Möglichkeiten stärken die traditionellen außenpolitischen Instrumente der EU, zu denen die technische und finanzielle Hilfe, die Unterstützung des Aufbaus der Institutionen und Förderung verantwortungsvoller Staatsführung in Entwicklungsländern, die humanitäre Hilfe und diplomatische Instrumente wie der politische Dialog und die Schlichtung zählen. So ist die EU bereit, auf konkrete Situationen rasch – mit dem richtigen Instrumentenmix – zu reagieren.

## Die Lehren aus dem Misserfolg

Nach den erfolglosen diplomatischen Bemühungen um Vermittlung zwischen den kriegführenden Parteien im zerfallenden Jugoslawien und angesichts schwerer Konflikte in Afrika gaben die EU-Spitzen 1999 grünes Licht für eine konkrete Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Rahmen der GASP. Die ersten Militärmissionen fanden 2003 auf dem Balkan statt, dem Schauplatz früherer diplomatischer Misserfolge, und in der Demokratischen Republik Kongo.

Im Rahmen der ESVP können europäische Militär- oder Polizeikräfte zum Krisenmanagement, für humanitäre und Rettungsmissionen, für friedenserhaltende und sogar friedenschaffende Operationen in Konfliktgebiete entsandt werden. Außerdem unterstützen sie die örtliche Polizei und bilden sie aus.

Darüber hinaus hat die EU ein Krisenreaktionsinstrument eingerichtet, von der NATO unabhängig, aber mit Zugang zu NATO-Ressourcen. Es basiert auf dem so genannten Gefechtsverbandkonzept. Inzwischen verfügt die EU jederzeit über zwei Gefechtsverbände in ständiger Bereitschaft, so dass sie in der Lage ist, auf neue Krisen rasch auch mit militärischen Mitteln zu reagieren. Gefechtsverbände sind multinational, bestehen aus rund 1 500 Soldaten und stehen in einem Rotationssystem für jeweils sechs Monate zur Verfügung.

Im Laufe der Jahre wurden mehrmals Versuche unternommen, die Beschlussfassung im Rahmen der GASP zu vereinfachen. Für die wichtigsten Beschlüsse ist aber nach wie vor Einstimmigkeit erforderlich. Sie zu erreichen erweist sich zuweilen als schwierig, wie an den unterschiedlichen Reaktionen der EU-Staaten auf die US-geführte Irakinvasion deutlich wurde.

*Die EU verfügt heute über die militärische Kapazität für friedenserhaltende Operationen.*



# Die helfende Hand der EU

Die Förderung des Handels und die Öffnung ihres Marktes ist die eine Seite der internationalen Entwicklungsstrategie der EU, arme Länder durch direkte technische und finanzielle Hilfe aus der Armut zu befreien ist die andere. Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit haben pro Tag nur einen Euro oder weniger zur Verfügung. Ein Drittel von ihnen lebt im subsaharischen Afrika.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stellen derzeit mehr als 56 % der gesamten offiziellen Entwicklungshilfe der wichtigsten Industrieländer. Im Jahr 2006 belief sich der Gesamtwert auf 47 Mrd. EUR, das sind fast 100 EUR je Unionsbürger, gegenüber 53 EUR je Bürger aus den Vereinigten Staaten und 69 EUR aus Japan. Die europäische Entwicklungshilfe stieg 2006 auf 0,42 % des Bruttonationaleinkommens (BNE), liegt damit also immer noch unter dem UNO-Ziel von 0,7 % des BNE.

Nur vier EU-Staaten, Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Schweden, haben das UNO-Ziel erreicht (und übertroffen). Die EU hat sich vorgenommen, bis 2015 insgesamt das Ziel von 0,7 % zu erreichen, mit dem Zwischenziel von 0,56 % im Jahr 2010. Afrikanische Länder erhalten mit jährlich 15 Mrd. EUR den Löwenanteil der EU-Entwicklungshilfe.

## *Empowerment der Armen*

Hauptziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit ist die Beseitigung der Armut im Kontext der nachhaltigen Entwicklung, wozu die Realisierung der Millenniumsentwicklungsziele (MEZ) gehört. Die EU-Hilfe soll zur Verbesse-

rung der grundlegenden materiellen und sozialen Infrastruktur und des Produktionspotenzials sowie zur Stärkung der demokratischen staatlichen Institutionen beitragen. Diese Unterstützung kann armen Ländern auch dabei helfen, von den Möglichkeiten des internationalen Handels zu profitieren und mehr ausländische Investitionen anzulocken, um ihre wirtschaftlichen Grundlagen zu erweitern.

*Im Rahmen ihres Einsatzes für die Menschenrechte schickt die EU Wahlbeobachter in alle Welt.*



© EC/O. Lehner

Die privilegierten Beziehungen der AKP-Staaten mit der EU haben nicht verhindert, dass viele von ihnen Marktanteile in Europa verloren haben und in der Weltwirtschaft zunehmend an den Rand gedrängt werden. Aus diesem Grund wurde das Modell der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen entwickelt.

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU zielt darauf ab, den benachteiligten Menschen in der Dritten Welt zur Kontrolle über ihre eigene Entwicklung zu verhelfen. Dies bedeutet, dass die Ursachen ihrer Hilfsbedürftigkeit bekämpft werden müssen, nämlich unter anderem der mangelhafte Zugang zu Lebensmitteln und sauberem Wasser oder zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeitsplätzen und einer gesunden Umwelt. Es bedeutet auch die Bekämpfung von Krankheiten und die Förderung des Zugangs zu erschwinglichen Arzneimitteln, um Geißeln wie Aids zu bekämpfen, und

Maßnahmen zur Verringerung der Schuldenlast, deretwegen die spärlichen Ressourcen weg von lebenswichtigen öffentlichen Investitionen zurück zu den Kreditgebern in den Industrieländern gelenkt werden. Die EU nutzt außerdem die Entwicklungszusammenarbeit als Mittel zur Förderung der Menschenrechte und der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie zur Konfliktprävention.

Die EU leistet ihre Hilfe auf unterschiedlichste Weise – direkte Zusammenarbeit mit den Regierungen, Durchführung einzelner Projekte (oft unter Einschaltung von NGO), humanitäre Hilfe, Hilfe bei der Krisenprävention und Unterstützung der Zivilgesellschaft. Einen wachsenden Anteil macht die allgemeine und sektorbezogene Budgethilfe für die Partnerländer aus, mit der das Ziel verfolgt wird, die Eigenverantwortung der örtlichen Beteiligten zu fördern.

### *Geringe Beträge können viel bewirken*

Im Laufe der Jahre hat die Europäische Union Tausende von Entwicklungsprojekten in der Dritten Welt finanziert. Oft lassen sich mit relativ bescheidenen Summen große Wirkungen erzielen. Einige Erfolgsgeschichten aus letzter Zeit:

- Hilfe für eine Gruppe von 250 Frauen im indischen Bundesstaat Gujarat, damit sie Kunsthandwerk nach Europa, Nordamerika und Japan exportieren können;
- Unterstützung für eine örtliche Firma in Belize beim Übergang zu nachhaltigen Holzfall- und Waldbewirtschaftungsverfahren;
- Unterstützung von Landwirten in Zentralkamerun bei der Diversifizierung ihrer Produktion;
- Ausbildung für Kleinbauern in Uganda im Hinblick auf Kostenteilung bei der Inanspruchnahme grundlegender Unterstützungsdienste.

# Humanitäre Hilfe

Zählt man die Staaten und Regionen auf, in die die humanitäre Hilfe der Europäischen Union fließt, erhält man praktisch eine Liste der Krisenherde dieser Welt. Die Hilfe wird ohne Bedingungen gewährt. Es spielt keine Rolle, ob es sich um Naturkatastrophen oder um vom Menschen verursachte Katastrophen handelt – Ziel ist es, den Opfern so rasch wie möglich zu helfen, ungeachtet ihrer Rasse oder Religion oder der politischen Überzeugungen ihrer Regierung.

Die EU kanalisiert ihre Soforthilfegelder über das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO). Seit seiner Gründung im Jahr 1992 war ECHO in mehr als 100 Ländern weltweit aktiv und hat dafür gesorgt, dass überlebenswichtige Ausrüstungen und Notfallversorgungsgüter die Opfer von Katastrophen so rasch wie möglich erreichen. Aus ihrem Jahresbudget von mehr als 700 Mio. EUR finanziert ECHO auch Ärzteteams, Minenräumungsexperten, Transporte und Kommunikation, Lebensmittelhilfe und logistische Unterstützung.

## *Ein Jahr großer Herausforderungen*

2006 war ein Jahr großer Herausforderungen, in dem die EU-Ressourcen für humanitäre Hilfe besonders stark in Anspruch genommen wurden. Gründe dafür waren:

- die Not Tausender durch den Krieg in Darfur vertriebener Menschen im Südsudan und in den Grenzregionen des benachbarten Tschad,
- die Verschlechterung der Lage der Palästinenser im Westjordanland und in Gaza,
- die humanitären Folgen des Libanonkonflikts zwischen Israel und der Hisbollah.

ECHO ist außerdem in weiteren rund 60 Ländern präsent, darunter in Afghanistan, in der Demokratischen Republik Kongo, in Sri Lanka und Tansania. Die EU unterstützt weiterhin die Opfer der so genannten vergessenen Krisengebiete mit 14 % ihres Budgets 2006 für humanitäre Hilfe. Die wichtigsten vergessenen Krisengebiete befinden sich nach Auffassung der EU in Nepal, im Grenzgebiet zwischen Myanmar und Thailand, in Tschetschenien und in Kaschmir; außerdem ist hier die prekäre Lage der Flüchtlinge aus der Westsahara im benachbarten Algerien zu nennen.

*Dank der humanitären Hilfe der EU kann dieses Kind, wie viele andere, seinen Hunger stillen.*



© EC/ECHO/Francis Coleman

## *Teamwork*

Als aktiver Geber humanitärer Hilfe arbeitet die Europäische Kommission über ECHO eng mit den Durchführungspartnern – NGO, UN-Stellen, Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung – zusammen, um Lebensmittel und Ausrüstung, sauberes Trinkwasser und sanitäre Anlagen, Unterkünfte, medizi-

nische Einrichtungen und provisorische Kommunikationssysteme bereitzustellen. Die EU geht davon aus, dass die derzeit große Zahl von Naturkatastrophen und Konflikten nicht zurückgehen wird, und hat deshalb ihr in der raschen Bedarfsbewertung erfahrenes Personal für den Außeneinsatz verstärkt, um die humanitäre Soforthilfe weiter verbessern zu können.

## *Tschetschenien, eine Dauerkrise*

Die Bevölkerung Tschetscheniens leidet immer noch unter den Folgen der Konflikte von 1994 und 1999, und nach wie vor ist dort humanitäre Hilfe notwendig. Rund ein Viertel der 800 000 Einwohner der Republik wurden vertrieben. Viele von ihnen kehrten in den letzten Jahren aus den benachbarten russischen Republiken Inguschetien und Dagestan zurück. Die Lebensverhältnisse sind in ganz Tschetschenien schwierig, auch in der Hauptstadt Grosny.

Zwar hat sich die Lage etwas verbessert, so dass ECHO sein Programm zum ersten Mal seit 1999 etwas reduzieren konnte, aber nach wie vor sind viele Menschen auf finanzielle Unterstützung durch Organisationen wie Rotes Kreuz, UNHCR und Welternährungsprogramm angewiesen. Die EU finanziert im Rahmen ihres Hilfsprogramms für Tschetschenien Ausbildungsmaßnahmen für hilfsbedürftige Menschen vor Ort mit dem Ziel, sie in die Lage zu versetzen, selbst für sich zu sorgen. Dazu gehören einkommenschaffende Tätigkeiten wie Errichtung und Betrieb von Gewächshäusern.



*Tschetschenische Frauen informieren sich über Selbsthilfeprojekte.*

# Globalisiert und interdependent

Um an der globalisierten Wirtschaft in einer interdependenten Welt teilhaben zu können, muss die Europäische Union zunehmend über die traditionellen Instrumente von Diplomatie und Handel hinausblicken. Es gibt neue internationale Regeln, etwa für die Finanzmärkte, oder Arbeits-, Gesundheits- und Umweltnormen. Isolierte Lösungen werden nicht immer zum Ziel führen. Man denke nur an die Bereiche Energie und Umwelt.

## Globale Erwärmung

In Europa besteht Konsens zwischen Regierungen, Bürgern und der Geschäftswelt, dass auf EU-Seite beim Kampf gegen die globale Erwärmung, die hauptsächlich mit den Kohlendioxidemissionen aus der Verwendung fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) zusammenhängt, dringender Handlungsbedarf besteht. Die Reaktion der EU beeinflusst auch die Reaktion anderer Länder. Sie hat sich an die Spitze der internationalen Bemühungen um eine Begrenzung der Auswirkungen der globalen Erwärmung im Rahmen des Kyoto-Protokolls gestellt und sich verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgehend vom Niveau der 90er Jahre bis 2008-2012 um 8 % zu senken. Im Anschluss will die EU die Treibhausgasemissionen um weitere 20 % verringern und um 30 %, falls andere Länder sich anschließen.

Die EU hat außerdem den weltweit ersten marktbasieren Mechanismus zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingeführt. Sie hat einen Höchstwert für die zulässige Menge der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Industrieanlagen festgelegt, wobei es den Unternehmen überlassen bleibt, verfügbare Emissionsrechte zu kaufen oder zu verkaufen, je nachdem, ob sie

unterhalb der Grenzwerte bleiben oder nicht. Gleichzeitig arbeitet die EU mit anderen Staaten, etwa mit China, zusammen, um Wege zu finden, wie Energie effizienter genutzt und eine sauberere Verbrennung fossiler Brennstoffe erreicht werden kann.

## Energieabhängigkeit

Aber obwohl sich die EU bemüht, ihren Energieverbrauch zu senken und erneuerbare Energiequellen zu fördern, nimmt ihre Abhängigkeit von ausländischen Quellen fossiler Brennstoffe zu. Der Hauptgrund dafür ist, dass ihre eigenen Erdöl- und Erdgasreserven

*Die EU erhält ihre Erdgasimporte sowohl auf dem Seeweg als auch über Pipelines.*



© Maximilian Ffkr / Stockbyte/Getty Images

schrumpfen. Die Europäische Union ist der weltweit größte Importeur und der zweitgrößte Verbraucher von Energie.

Die EU hängt bereits bei fast der Hälfte ihrer Lieferungen von Erdgas, dem am wenigsten umweltbelastenden fossilen Brennstoff, von nur drei Staaten ab, nämlich Russland, Norwegen und Algerien, und ohne baldiges entschiedenes Handeln wird ihre Abhängigkeit vom importierten Erdöl von derzeit 50 % auf 70 % steigen. Dazu kommt, dass die weltweite Nachfrage nach Erdöl und Erdgas mit der wirtschaftlichen Expansion von Ländern wie China und Indien zunehmen wird.

Es liegt daher im Interesse der EU, ihre Abhängigkeit von wenigen Lieferländern zu verringern und die Beziehungen mit den Staaten, auf die sie in besonderem Maße angewiesen ist, zum wechselseitigen Vorteil der Handelspartner zu vertiefen. Zur Strategie der EU gehö-

ren die Zusammenarbeit bei Investitionen, der Technologietransfer, der wechselseitige Zugang zu Märkten und die Rechtssicherheit bei Handelsbeziehungen mit Staaten wie Russland, einer wichtigen Quelle für fossile Brennstoffe und in Zukunft möglicherweise von Strom, sowie den Erdöl- und Erdgasern in Nordafrika, der Golfregion und Zentralasien.

Die EU und sieben südosteuropäische Staaten haben eine Energiegemeinschaft gegründet, in der einheitliche Energiemarktregeln gelten. Damit wird die EU von einer größeren Sicherheit der diese Länder durchquerenden Erdgas- und Stromlieferungen profitieren. Daneben werden die Energiemärkte der sieben Staaten effizienter funktionieren, da sie die EU-Regeln und -Normen anwenden.



© Image Source Pro/ Getty Images

*Der Euro spielt auf den Devisenbörsen der Welt eine zentrale Rolle.*

## Eine Weltwährung

Der Euro ist seit seiner Einführung im Jahr 1999 zu einer Weltwährung aufgestiegen und steht an zweiter Stelle hinter dem Dollar, was seine Verwendung für Handelstransaktionen und als Reservewährung für Staaten überall auf der Welt angeht. Auf dem internationalen Anleihemarkt hat der Euro den Dollar sogar überholt: 2005 entfielen auf den Euro 46 % der ungetilgten Obligationen gegenüber 37 % für den Dollar.

Aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen ist der Euro offizielle Währung in drei Nicht-EU-Staaten: Monaco, Vatikanstadt und San Marino. In Andorra, Kosovo und Montenegro ist der Euro

De-facto-Währung. Mehrere Staaten verwenden den Euro als eine der Referenzwahrungen zur Festlegung ihrer Wechselkurspolitik. Dazu gehören Botsuana, Kroatien, Israel, Jordanien, Libyen, Marokko, Russland, Serbien, Tunesien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

Seit 1999 hat der Euro seine Bedeutung als Reservewährung bei den Zentralbanken in aller Welt laufend gesteigert, hauptsächlich zu Lasten des Dollars und des japanischen Yen, wobei Entwicklungsländer häufiger zum Euro wechselten als Industrieländer. Die Daten in der nachstehenden Tabelle beziehen sich auf alle Staaten.

### Verwendung der wichtigsten Währungen weltweit

Anteil der wichtigsten Währungen an den bekannten Währungsreserven aller Staaten

	1999	2005
US-Dollar	71,0	66,5
Euro	17,9	24,4
Yen	6,4	3,6
Pfund Sterling	2,9	3,8
Schweizer Franken	0,2	0,1
Sonstige	1,6	1,6

Quelle: IWF, Jahresbericht 2006.

# Die EU und ihre Nachbarn

In 50 Jahren hat die Europäische Union den Kontinent vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer geeint. Die Zahl ihrer Mitglieder hat sich von sechs auf 27 erhöht. Seit sich die Union für jedes europäische Land geöffnet hat, das demokratisch ver-

fasst, marktwirtschaftlich organisiert und in der Lage ist, die Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft auf sich zu nehmen, ist die Erweiterung ein laufender Prozess. An Kandidaten und möglichen Bewerbern herrscht kein Mangel.

## *Kandidaten- und Bewerberländer*

Beitrittskandidaten sind derzeit drei Staaten: Kroatien, die Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, müssen die einzelnen EU-Staaten und das Europäische Parlament dem Beitritt zustimmen.

Neben diesen drei Beitrittskandidaten gibt es weitere vier potenzielle Kandidaten unter den westlichen Balkanländern, nämlich Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien. Bereits jetzt räumt die EU allen Staaten des westlichen Balkans für die meisten Exporte freien Zugang zum EU-Markt ein, und sie unterstützt ihre internen Reformprogramme.



*Istanbul:  
Die Türkei ist  
ein  
EU-Beitrittskandidat.*

© Shutterstock/Polbram, 2007

Außer zu den Kandidatenländern pflegt die Union engste Beziehungen zu weiteren vier Nachbarn, nämlich zu Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. Sie gehören alle der Europäischen Freihandelsvereinigung (EFTA) an und haben sich bis auf Weiteres gegen eine EU-Mitgliedschaft entschieden. Die vier Staaten haben sich großen Teilen der EU-Binnenmarktvorschriften angeglichen und schließen sich der EU auch in anderen Politikbereichen an. Alle mit Ausnahme der Schweiz bilden zusammen mit der EU den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

### ***Eine kohärente Nachbarschaftspolitik***

Die Europäische Union bemüht sich um Konsolidierung ihrer Beziehungen zu ihren Nachbarn im Osten und Süden. Ohne Beitrittskandidaten zu

sein, bauen Russland, die Ukraine, die Republik Moldau und die Republiken im Kaukasus und in Zentralasien ihre jeweiligen Beziehungen zur Union aus, die auf Partnerschafts- und Kooperationsabkommen für Handel und andere Wirtschaftsbereiche sowie gemeinsamen Aktionen auf vielen anderen Gebieten gemeinsamen Interesses beruhen.

Das Abkommen mit Russland geht weiter als alle anderen und konzentriert sich auf wirtschaftliche Themen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Bildung und auf die innere und äußere Sicherheit. Die EU möchte die Beziehungen durch ein neues Rahmenabkommen auffrischen, das unter anderem eine engere Zusammenarbeit im Energiebereich vorsieht. Was die Ukraine angeht, strebt die EU Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen an.

### ***Regionale Gruppen***

Neben ihren bilateralen Bindungen vertieft die EU ihre Beziehungen zu internationalen Organisationen (etwa zur UNO, zur NATO und zum Europarat) und zu regionalen Gruppierungen in aller Welt. So kann die EU die Handels- und Investitionsströme mit den betreffenden Regionen intensivieren, vor allem in Lateinamerika und Asien. Mit ihren asiatischen Partnern wechselt die EU von einer reinen Handels- und Hilfpolitik hin zu einer ausgeglicheneren Beziehung, die den wachsenden Produktions- und Handelskapazitäten dieser Staaten besser entspricht.

Mit ihren südlichen Partnern möchte die EU eine große Freihandelszone schaffen, der die EU, die an das Mittelmeer angrenzenden arabischen Staaten und Israel angehören. Die einzelnen Assoziierungsabkommen dieser Länder mit der EU sind ein Element dieser Beziehungen, und sie werden derzeit auf Gebiete wie Dienstleistungsverkehr und Investitionen ausgedehnt.

Um zu vermeiden, dass durch die EU-Osterweiterung neue Trennungslinien zwischen der Union und ihren unmittelbaren Nachbarn entstehen, wurde

im Jahr 2004 die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) eingerichtet. Sie betrifft alle Mittelmeerländer, die osteuropäischen Staaten und die Staaten des Kaukasus, Russland ausgenommen. Mit der ENP sollen privilegierte wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen der Union und den einzelnen Nachbarländern geschaffen werden. Die Hilfen für die Partnerstaaten werden sich im Zeitraum 2007-2013 auf insgesamt 12 Mio. EUR belaufen, eine Steigerung gegenüber dem früheren Niveau um 32 %.

## Engste Bindungen

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist für die Außenbeziehungen der EU von zentraler Bedeutung. Neben den enormen transatlantischen Handels- und Investitionsströmen haben die USA und die EU gemeinsame Werte und fallweise gemeinsame Interessen. Die USA unterstützten die europäische Einigung von Anfang an.

Die Beziehungen zu den USA sind von laufenden Kontakten und ständigem Dialog geprägt – zwischen Geschäftskreisen, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und des US-Kongresses und vielen anderen Akteuren. Wie die EU und die USA bilaterale Probleme lösen, dient als Modell für die Beziehungen der Union mit anderen Staaten, etwa Japan und Kanada.

## Zur Vertiefung



Besuchen Sie die Website <http://ec.europa.eu/world>, wenn Sie mehr über die verschiedenen Facetten der Außenbeziehungen der Europäischen Union erfahren möchten.

*50 Jahre – 50 Geschichten über Solidarität:* Die 50 Erfolgsgeschichten in dieser Veröffentlichung zeugen von der Solidarität, die Europa denjenigen außerhalb seiner Grenzen entgegenbringt, die sie am dringendsten benötigen, den Menschen, die in Armut leben, die Hunger leiden, die krank oder ihrer Freiheit beraubt sind: [ec.europa.eu/europeaid/reports/50-50/50-50\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/reports/50-50/50-50_de.pdf)

Europäische Kommission

## **Die EU in der Welt**

Die Außenpolitik der Europäischen Union

Reihe *Europa in Bewegung*

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2007 – 22 S. – 16,2 x 22,9 cm

ISBN 978-92-79-06079-3

Im Bewusstsein ihrer weltweiten Bedeutung in Wirtschaft und Handel nutzt die Europäische Union ihre Macht gleichermaßen im Interesse anderer und in ihrem eigenen Interesse. Die EU fördert den Wohlstand und die demokratischen Werte in allen Teilen der Welt; gleichzeitig trägt sie so dazu bei, Stabilität und Wohlstand für die Bürger innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu konsolidieren. Die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten stärkt die Rolle der EU auf der Weltbühne. Sie ist die größte Handelsmacht der Welt, stellt aber auch den größten Anteil an Entwicklungshilfe weltweit. Inzwischen hat sie eine stärker proaktiv ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, dank der sie zu Krisenmanagement und friedenserhaltenden Operationen in Europa und darüber hinaus in der Lage ist. In der komplexen Welt von heute hat die EU ihr traditionelles außenpolitisches Instrumentarium durch neue Werkzeuge ergänzt. Beispielsweise übernimmt sie international die Vorreiterrolle beim Kampf gegen die globale Erwärmung und den Klimawandel. Globale Probleme erfordern globale Lösungen.

## Weitere Informationen über die Europäische Union



### Die EU im Internet

Informationen über die Europäische Union sind in allen Amtssprachen abrufbar unter: [www.europa.eu](http://www.europa.eu)



### Besuchen Sie uns!

In ganz Europa gibt es Hunderte von örtlichen EU-Informationszentren. Die Anschrift des nächstgelegenen Zentrums finden Sie unter: [www.europedirect.europa.eu](http://www.europedirect.europa.eu)

### Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Europe Direct beantwortet Ihre Fragen über die Europäische Union. Sie erreichen diesen Dienst über die gebührenfreie Rufnummer: **00 800 6 7 8 9 10 11** [oder gebührenpflichtig von außerhalb der EU: (32-2) 299 96 96] bzw. per E-Mail über [www.europedirect.europa.eu](http://www.europedirect.europa.eu)



### Lesen Sie über Europa

Veröffentlichungen über die EU sind nur einen Mausklick entfernt auf der Website des EU Bookshop: [bookshop.europa.eu](http://bookshop.europa.eu)



Für Auskünfte und Veröffentlichungen über die Europäische Union in deutscher Sprache wenden Sie sich bitte an:

#### VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

##### *Vertretung in Deutschland*

Unter den Linden 78, D-10117 Berlin  
Tel. (49-30) 22 80 2000  
Fax (49-30) 22 80 2222  
Internet: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)  
E-Mail: [eu-de-kommission@ec.europa.eu](mailto:eu-de-kommission@ec.europa.eu)

##### *Vertretung in Bonn*

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4, D-53111 Bonn  
Tel. (49-228) 53009-0  
Fax (49-228) 53009-50  
E-Mail: [eu-de-bonn@ec.europa.eu](mailto:eu-de-bonn@ec.europa.eu)

##### *Vertretung in München*

Erhardtstraße 27, D-80331 München  
Tel. (49-89) 24 24 48-0  
Fax (49-89) 24 24 48-15  
E-Mail: [eu-de-muenchen@ec.europa.eu](mailto:eu-de-muenchen@ec.europa.eu)

##### *Vertretung in Belgien*

Rue Archimède 73, B-1000 Bruxelles  
Tel. (32-2) 295 38 44  
Fax (32-2) 295 01 66  
Internet: [ec.europa.eu/belgium/](http://ec.europa.eu/belgium/)  
E-Mail: [COMM-REP-BRU@ec.europa.eu](mailto:COMM-REP-BRU@ec.europa.eu)

##### *Vertretung in Luxemburg*

Europahaus  
7, rue du Marché-aux-Herbes  
L-1728 Luxembourg  
Tel. (352) 43 01-34 925  
Fax (352) 43 01-34 433  
Internet: [ec.europa.eu/luxembourg/](http://ec.europa.eu/luxembourg/)  
E-Mail: [comm\\_rep\\_lux@ec.europa.eu](mailto:comm_rep_lux@ec.europa.eu)

##### *Vertretung in Österreich*

Kärntner Ring 5-7, A-1010 Wien  
Tel. (43-1) 5161 80  
Fax (43-1) 513 42 25  
Internet: [ec.europa.eu/austria/](http://ec.europa.eu/austria/)  
E-Mail: [comm-rep-vie@ec.europa.eu](mailto:comm-rep-vie@ec.europa.eu)

#### BÜROS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

##### *Informationsbüro für Deutschland*

Europäisches Haus  
Unter den Linden 78, D-10117 Berlin  
Tel. (49-30) 22 80 1000  
Fax (49-30) 22 80 1111  
Internet: [www.europarl.de](http://www.europarl.de)  
E-Mail: [EPBerlin@europarl.europa.eu](mailto:EPBerlin@europarl.europa.eu)

##### *Informationsbüro München*

Erhardtstraße 27  
80469 München  
Tel. (49 89) 20 20 87 90  
Fax (49 89) 202 08 79 73  
Internet: [www.europarl.de](http://www.europarl.de)  
E-Mail: [epmuenchen@europarl.europa.eu](mailto:epmuenchen@europarl.europa.eu)

##### *Informationsbüro für Belgien*

Rue Wiertz 60, B-1047 Bruxelles  
Tel. (32-2) 284 20 05  
Fax (32-2) 230 75 55  
Internet: [www.europarl.europa.eu/brussels/](http://www.europarl.europa.eu/brussels/)  
E-Mail: [epbrussels@europarl.europa.eu](mailto:epbrussels@europarl.europa.eu)

##### *Informationsbüro für Luxemburg*

Europahaus  
7, rue du Marché-aux-Herbes  
L-2929 Luxembourg  
Tel. (352) 43 00-225 97  
Fax (352) 43 00- 224 57  
Internet: [europarl.europa.eu/](http://europarl.europa.eu/)  
E-Mail: [epluxembourg@europarl.europa.eu](mailto:epluxembourg@europarl.europa.eu)

##### *Informationsbüro für Österreich*

Kärntner Ring 5-7, A-1010 Wien  
Tel. (43-1) 51 61 70  
Fax (43-1) 513 42 25  
Internet: [www.europarl.at](http://www.europarl.at)  
E-Mail: [EPWien@europarl.europa.eu](mailto:EPWien@europarl.europa.eu)

Vertretungen der Europäischen Kommission und Büros des Europäischen Parlaments bestehen auch in den übrigen Ländern der Europäischen Union. Delegationen der Europäischen Kommission bestehen in anderen Teilen der Welt.

## Die Europäische Union



Mitgliedstaaten der Europäischen Union (2007)

Kandidatenländer

DE



Im Bewusstsein ihrer weltweiten Bedeutung in Wirtschaft und Handel nutzt die Europäische Union ihre Macht gleichermaßen im Interesse anderer und in ihrem eigenen Interesse. Die EU fördert den Wohlstand und die demokratischen Werte in allen Teilen der Welt; gleichzeitig trägt sie so dazu bei, Stabilität und Wohlstand für die Bürger innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu konsolidieren. Die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten stärkt die Rolle der EU auf der Weltbühne. Sie ist die größte Handelsmacht

der Welt, stellt aber auch den größten Anteil an Entwicklungshilfe weltweit. Inzwischen hat sie eine stärker proaktiv ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, dank der sie zu Krisenmanagement und friedenserhaltenden Operationen in Europa und darüber hinaus in der Lage ist. In der komplexen Welt von heute hat die EU ihr traditionelles außenpolitisches Instrumentarium durch neue Werkzeuge ergänzt. Beispielsweise übernimmt sie international die Vorreiterrolle beim Kampf gegen die globale Erwärmung und den Klimawandel. Globale Probleme erfordern globale Lösungen.



Amt für Veröffentlichungen

*Publications.europa.eu*

ISBN 978-92-79-06079-3



9 789279 060793